

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 10. Dezember 1965

L 1 - 86.13

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Europäische Kommission für die Regelung von Streitigkeiten**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. von Merkatz,
Bauer (Würzburg) und Genossen
— Drucksache V/51 —**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung steht dem Gedanken der institutionalisierten Streitregelung, gerade auch im europäischen Rahmen, positiv gegenüber. Sie sieht darin einen Beitrag zur Bildung einer gefestigten europäischen Staatengemeinschaft. Aus dieser Überlegung heraus hat die Bundesrepublik Deutschland auch das Europäische Übereinkommen vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vorbehaltlos ratifiziert. Dieses Übereinkommen ist von großer Bedeutung; es sieht nicht nur Verfahren zur Beilegung rechtlicher Streitigkeiten, sondern auch Vergleichs- und Schiedsgerichtsverfahren für politische Streitigkeiten vor. Allerdings hat das Übereinkommen nicht den erhofften Widerhall gefunden. Bisher waren nur fünf der achtzehn Staaten des Europarats zur Ratifikation ohne Vorbehalt bereit. Vier weitere haben durch vertraglich zulässigen Vorbehalt ausgeschlossen, daß der Teil des Abkommens, der das Schiedsverfahren in politischen Streitfragen vorsieht, gegen sie angewandt wird. Die Bundesregierung bedauert die zögernde Haltung vieler Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen bisher noch nicht wirksam werden ließ.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin alle Vorschläge aufmerksam prüfen, die darauf abzielen, wirksame Streitregelungsverfahren zu schaffen. Ob die in Empfehlung 426 vorgeschlagene Europäische Kommission für die Regelung von Streitigkeiten ein geeignetes Mittel zur friedlichen Streitbeilegung ist, wird weitgehend von ihrer Ausgestaltung abhängen. Die Mitgliedregierungen des Europarats sind im Ausschuß der Ministerbeauftragten darüber bereits in einen ersten Gedankenaustausch eingetreten. Die weiteren Schritte der Bundesregierung werden von den Ergebnissen dieser Beratungen abhängen.

Schröder